



ACADEMIA ENGELBERG

5. Wissenschaftsdialog – 9. bis 11. Oktober 2006
in Engelberg, Schweiz

Workshop Atomenergie Protokoll

Sprecher: Bernhard Fischer

Berichterstatter: Tabitha Müntener, Tazio T. J. Schilling



Problem

Einer der strittigen Punkte im Hinblick auf die zukünftige Energieversorgung liegt in der Entscheidung darüber, ob es für dringlicher zu erachten ist, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren oder die Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie zu beseitigen. Diejenigen in Deutschland oder der Schweiz, die den kompletten Ausstieg aus der Atomenergie propagieren, müssen ein realistisches Ausstiegsszenario anbieten. In anderen Worten, sie müssen eine alternative Technologie nennen können, die den Anteil der Atomkraft in der Grundenergieversorgung ersetzen kann, ohne dabei den CO₂-Ausstoss zu erhöhen. Ein weiterer Aspekt des Problems ist zeitlicher Natur: angesichts der in naher Zukunft zu erwartenden Energieknappheit und auch der Zeit, die für die Entwicklung alternativer Energiekraftwerke (z.B. GaS) benötigt wird muss sofort eine Entscheidung fallen, egal in welche Richtung.

Positionen

Grundlegender Antagonismus: Einerseits wurde das Argument vorgebracht, dass sobald die Entscheidung zugunsten einer Technologie gefallen ist, sämtliche verfügbaren Ressourcen auf deren Beforschung konzentriert werden sollten, andererseits wurde gefordert, die Beforschung aller potentieller Technologien voranzutreiben, um auf jeden Fall eine geeignete Lösung parat zu haben, wenn es in der nahen Zukunft zu einem Engpass in der Energieversorgung kommen sollte. So ruht zum Beispiel die Energiestrategie von E.on auf fünf Säulen: Kohle, Gas (GaS), Atomkraft, Windkraft und Energiegewinnung aus Biomasse.

Subventionen: Die von der öffentlichen Hand für alternative Technologien bereitgestellten Gelder (z.B. die "Einspeisevergütung" für Solar- und Windenergie in Deutschland) sind mit mehreren Problemen behaftet: zunächst muss sichergestellt sein, dass nur hinreichend entwickelte Technologien subventioniert werden, weil ansonsten angesichts der Lebensspanne der Infrastruktur eine Blockade für die weitere Entwicklung entstehen könnte. Zum anderen müssen Subventionen auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtet sein.

Raumfrage: man kann sich durchaus vorstellen, dass die Schweiz die Atomkraft mit importierter Windenergie z.B. aus Norddeutschland kompensieren könnte. Dies würde jedoch zu einer unangenehmen Abhängigkeit führen und wäre zudem weder kosten- noch energieeffektiv (vgl. Transportverluste, teure zusätzliche Infrastruktur). Nichtsdestotrotz muss das ganze Problem auf europäischer oder sogar globaler Ebene betrachtet werden. So würde ein Ausstieg aus der Atomkraft in der Tat entweder einen Anstieg der Energiepreise provozieren



– wodurch alternative Energieressourcen zwar wettbewerbsfähiger würden aber auch ein Anreiz für die nationalen Industrien geschaffen würde, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern – oder aber er würde, aufgrund des stark liberalisierten europäischen Marktes, Unternehmen aus anderen Ländern dazu anregen, lokale Energieversorger zu verdrängen.

Endlagerung von Atommüll: Beide Seiten sind sich darüber einig, dass langfristige Atom-
mülllagerstätten gesichert werden müssen und dass die Forschung über die radioaktive
Umwandlung („Wiederaufarbeitung“) weiter vorangetrieben werden muss. Aber während
die Atomkraftgegner tendenziell die Entsorgungsfrage dazu missbrauchen, jede Forschung
zur Beschleunigung eines kompletten Ausstiegs zu blockieren, kommen die Befürworter zu
einem radikal gegensätzlichen Schluss: da in jedem Fall Zwischen- oder Endlagerungsmög-
lichkeiten geschaffen werden müssen, warum dann nicht gleich mit der Atomkraft fortfah-
ren? Ausserdem würde der fortgesetzte Einsatz der Nukleartechnologie zukünftige Generati-
onen dazu ermuntern, sich um die Endlagerungsstätten zu kümmern.

Ausblick

Um den Herausforderungen gerecht zu werden, die die aktuellen Tendenzen in Energiefra-
gen uns stellen, bestand Einigkeit unter den Teilnehmern, dass beide Seiten darum bemüht
sein müssen, die Sackgasse, in die sich die Politik manövriert hat, aufzubrechen und zu
einer Entscheidung darüber zu kommen, wie die zu erwartende Energieknappheit aufgefan-
gen und das strahlende Material entsorgt werden kann. Denn nur wenn die Bedingungen
geklärt sind, können Energieunternehmen Investitionen tätigen und so zu Innovation und
Fortschritt beitragen.